

Pakistan

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
184,8 Millionen	Muslime	96,2%
	Christen	2,2%
	sonstige	1,6%



Märtyrer für die Religionsfreiheit

Politik und Gesellschaft in Pakistan scheinen immer stärker von radikalen Kräften beeinflusst zu werden. Religiöser Fanatismus breitet sich aus, islamistisches Gedankengut dringt in immer mehr Bereiche der Gesellschaft ein: in die Politik, in das Justizwesen, in die Schulen, selbst in die Armee. Der Mord an Salman Taseer, dem Gouverneur der Provinz Punjab im Januar 2011 und das tödliche Attentat auf Shahbaz Bhatti, den Minister für religiöse Minderheiten, im März 2011 machen das deutlich. Beide Politiker, der eine Muslim, der andere katholischer Christ, hatten sich für eine Änderung des seit Jahren umstrittenen Blasphemiegesetzes eingesetzt, das oft zur Unterdrückung religiöser Minderheiten missbraucht wird.

Shahbaz Bhatti, der einzige Christ in der pakistanischen Regierung, war sich vollkommen bewusst, dass er mit seinem Einsatz den Hass der Extremisten provozieren würde. Mehrfach hatte er Morddrohungen erhalten von Anhängern der Talibanbewegung und von Al-Qaida. Er aber wollte sich gezielt einsetzen für die Rechte der Minderheiten, die in Pakistan unterdrückt und verfolgt werden. Und er war bereit, in der Nachfolge Jesu Christi bis zum Äußersten zu gehen, bis zum Einsatz des eigenen Lebens. Er war darauf vorbereitet, sein Leben zu opfern als Zeugnis für Jesus und für den interreligiösen Dialog. Der Sprecher des Vatikans, Pater Federico Lombardi, kritisierte nach dem Mord an Bhatti in einem Interview mit Radio Vatikan das Blasphemiegesetz: es schmähe ethische Grundsätze von Religion und die Religionsfreiheit. Man müsse das Blasphemiegesetz daher selbst als „blasphemisch“ ansehen. Salman Taseer und Shahbaz Bhatti, ein Muslim und ein Christ, seien zwei Politiker, die wegen ihres mutigen Vorgehens gegen das Blasphemiegesetz den „höchsten Preis“ bezahlt haben, so Lombardi.

Politisches System

Die Islamische Republik Pakistan versteht sich offiziell als säkularer Staat. Die Verfassung, die nach der Loslösung von Indien approbiert worden war, und eine Reihe in jüngster Zeit verabschiedeter Gesetze betonen die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, „ohne Unterschied ihrer Rasse oder ihres Glaubensbekenntnisses“. Mit Ausnahme der Muslim-Liga von Nawaz Sharif heben alle politischen Parteien die Wichtigkeit religiöser Unvoreingenommenheit hervor. Sowohl die Volkspartei von Asif Ali Zardari, dem Witwer von Benazir Bhutto und aktuellen Präsidenten des Landes, als auch die Muslim-Liga „Q“ des früheren Präsidenten General Parvez Musharraf haben immer wieder ihre Bürger zu „religiöser Toleranz“ und „Respekt“ aufgerufen. Wie jedoch aus Zeitungsberichten hervorgeht und wie eine Reihe diskriminierender Gesetze zeigen, ist dies lediglich eine Fassade.

Das Blasphemiegesetz

Das Blasphemiegesetz und die Hudud-Verordnungen, zwei schreckliche juristische Instrumente, die seit Jahrzehnten in diesem Lande in Kraft sind, verursachen und verursachen immer noch zahlreiche Opfer unter Nichtmuslimen und der Ahmadi-Minderheit, was die Regierung ziemlich gleichgültig hinnimmt. Das Blasphemie-Gesetz ist das schlimmste Instrument religiöser Unterdrückung in Pakistan. Es wurde 1986 vom pakistanischen Diktator Zia-ul-Haq eingeführt, um den Islam zu verteidigen und den Propheten Mohammed vor Angriffen und Beleidigungen zu schützen. Mittlerweile ist es zu einem Instrument der Diskriminierung und Gewalt geworden.

Dieses Gesetz beruht auf Artikel 295, Paragraph B und C des pakistanischen Strafgesetzbuches und droht all denen mit lebenslanger Haft, die den Koran beleidigen. Es droht außerdem denjenigen mit der Todesstrafe, die den Propheten Mohammed beleidigen. Die Beschuldigungen, die gegen angebliche Gotteslästerer vorgebracht werden, sind oft falsch oder durch belanglose Interessen motiviert. Sie führen zu Skandalen und veranlassen in Wut geratene Menschenmengen dazu, Selbstjustiz zu üben. Wird eine Person aufgrund einer einzigen Zeugenaussage festgenommen, läuft sie schon Gefahr, von der Polizei misshandelt und gefoltert zu werden. Unter dem Druck von Menschenmassen, die von örtlichen Mullahs angeheizt worden waren, verhängten

mehrere Richter die Todesstrafe, obwohl keinerlei Beweise gegen die Angeklagten vorlagen. Zusammen mit den Hudud-Verordnungen – strengen Strafgesetzen, die auf dem Koran basieren und sogar mit Auspeitschungen und Steinigungen sämtliche Handlungen bestrafen, die als unvereinbar mit dem islamischen Gesetz gelten, darunter Ehebruch, Glücksspiel und Alkoholkonsum – verkörpert dieses Blasphemiegesetz eine der sektiererischsten und extremsten Gesetzgebungen und ebnet den Weg für eine radikale Islamisierung des Landes.

Nach Informationen der Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Katholischen Kirche (NCJP) wurden zwischen 1986 und 2010 mindestens 993 Menschen wegen Entweihung des Korans oder Beleidigung des Propheten Mohammed angeklagt. Unter ihnen waren 479 Muslime, 120 Christen, 340 Ahmadis, 14 Hindus und zehn Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit. Diese Anklagen waren häufig ein Vorwand, um jemanden anzugreifen, persönlich Rache zu nehmen oder gar für außergerichtliche Ermordungen. Insgesamt gab es 33 solcher Fälle, die von Einzeltätern oder aufgebracht Menschenmengen verübt wurden. Laut NCJP wurden unter Berufung auf das Blasphemiegesetz von 2001 bis heute mindestens 50 Christen ermordet. Betroffen sind auch andere religiöse Minderheiten in dem Land, die Opfer von Gewalt durch muslimische Extremisten wurden; in manchen Fällen wurden sogar Muslime angegriffen. Die Ahmadi-Gemeinschaft – eine vom Islam inspirierte Gruppierung, die Mohammed nicht als letzten Propheten anerkennt und aus diesem Grund von den Sunniten und Schiiten als Ketzer dargestellt werden – gab bekannt, dass 2009 mindestens zwölf ihrer Anhänger ermordet wurden. Seit 1984 wurden 107 Ahmadis ermordet und 719 inhaftiert.

Die durch das Blasphemiegesetz verursachten Probleme verschlimmerten sich im Jahr 2001 dramatisch, als die antiwestliche Stimmung im Land zunahm, die ihren Höhepunkt mit dem amerikanischen Einschreiten im Irak und in Afghanistan erreichte. Die Regierung gab zu, dass sie hier versagt habe und der Minister für Menschenrechte berichtete im Parlament, dass es in diesem Zusammenhang in den vergangenen drei Jahren mehr als 11 000 Menschenrechtsverletzungen in Pakistan gegeben habe, davon seien 8000 vor Gericht anhängig und warteten auf eine Gerichtsverhandlung.

Der Minister Syed Mumtaz Alam Gilani räumte die „katastrophalen“ Ergebnisse der Provinzregierungen ein, weil sich die „Justiz schuldig gemacht hat“. Auf die Frage eines Parlamentariers der Oppositionspartei Muslim-Liga „Q“ antwortete er: „Am schlimmsten ist die Situation in Sindh (einer Provinz im Südosten), wo von insgesamt 6000 Menschenrechtsverletzungen in nur 783 Fällen die Täter für schuldig erklärt und bestraft wurden.“

In der nordwestlichen Grenzprovinz, die ein Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen der Armee und den Talibanmilizen ist, wurden von 2000 Menschenrechtsverletzungen bislang nur 730 Fälle gelöst. In der Provinz Punjab sind 2131 Fälle aktenkundig, davon 814 vor Gericht anhängig. In Baluchistan schließlich lösten die Gerichte 305 von 823 Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen.

Gilani wies darauf hin, dass gerichtliche Schritte direkt von Richtern eingeleitet wurden und nicht vom Ministerium angeordnet waren, das unter finanziellen Problemen leide und auf die Hilfe nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen angewiesen sei.

Die Katholische Kirche, protestantische Denominationen, Ahmadi-Gemeinden und verschiedene Nichtregierungsorganisationen prangern seit einiger Zeit das Blasphemiegesetz und Diskriminierungen an. Dank der Unterstützung der Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden haben sich die Europäische Union und die US-Regierung auch gegen dieses Gesetz ausgesprochen. Islamabad scheint jedoch ein Sklave der Extremisten zu sein und erweckt nicht den Eindruck, die Lage ändern zu wollen.

Im November 2010 wurde die katholische Christin Asia Bibi wegen angeblicher Blasphemie zum Tod durch den Strang verurteilt. Es wird ihr vorgeworfen, in beleidigender Weise über den Propheten Mohammed gesprochen zu haben. Der Fall erregte Aufmerksamkeit bis in höchste Kirchenkreise hinein. Papst Benedikt XVI. forderte bei seiner Generalaudienz die Freilassung von Asia Bibi.

Quellen

ACN News
AsiaNews
UCA News
Compass Direct News
www.zenit.org
Pakistan